

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion

Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e.V.

**Vor 10 Jahren:
BOEHRINGER DICHT...**



**...UND WAS NUN?
Seite 5**

Magnetschwebbahn „Transrapid“ • Schiffbau-Konzepte

Elbvertiefung und Naturschutz • Kein Tanker durchs Watt!

INK-Zwischenbilanz (Schluß) • 12 Thesen zum Nordseeschutz

Vor zehn Jahren mußte Hamburgs Boehringer-Werk schließen **Eine Sanierung findet nicht statt?!**

Von Thomas Kleineidam

Am 18. Juni 1984 geschah in Hamburg, was bundesweit in dieser Form und Qualität bis dahin einmalig war – und bis heute einzigartig geblieben ist: Staatliche Stellen erzwangen die Schließung eines Chemiewerkes wegen akuter Vergiftung der Menschen im Werk und in der Nachbarschaft, der Landschaft ringsum, des Grundwassers, der Umwelt. Die Elbfiliale der Firma C.H. Boehringer Sohn (Konzernzentrale Ingelheim) war jahrelang sowohl wegen ihres rücksichtslosen Umgangs mit der eigenen Produktion und den Produkten als auch wegen teilweise krimineller Abfall-Entsorgungspraktiken aufgefallen. Jahrelang schon hatten geschädigte und besorgte BürgerInnen den Senat zum Einschreiten gedrängt, dann endlich wurde die Landesregierung aktiv. – Heute, zehn Jahre später, ist es Zeit für eine Nachbetrachtung und eine Zwischenbilanz. Denn bis heute läßt die Sanierung des Werksgebietes und seiner Umgebung auf sich warten, stattdessen pokert der um den Industriestandort Hamburg besorgte Senat mit dem Boehringer-Konzern um Pseudo-Sanierungskonzepte mit dem vorrangigen Ziel, das verseuchte Gelände möglichst bald wieder für neue Investoren attraktiv zu machen.

Das Werk der Hamburger Fabrik von C. H. Boehringer Sohn liegt im Stadtteil Billbrook zwischen Moorfleeter Kanal und Andreas-Meyer-Straße und wurde 1923 gegründet. Ursprünglich wurden hier Arzneimittel aus Naturstoffen hergestellt. 1952 begann die Produktion chlorierter Pestizide. Schwerpunkt war die Herstellung des Insektizids Lindan mit dem Wirkstoff gamma-Hexachlorcyclohexan (HCH) aus den Grundstoffen Chlor und Benzol.

Bei der Synthese des gamma-HCH fielen weitere Isomeren an, die zu Trichlorbenzol

Zwei Bürgerinitiativen vor allem zwangen die bis dahin eher vorsichtig und zurückhaltend agierende hamburgische Verwaltung zum Handeln.

und Dichlorbromphenol weiterverarbeitet wurden. Das Zwischenprodukt Trichlorbenzol wurde zu Trichlorphenol umgesetzt, welches wiederum zur Herstellung von 2,4,5-Trichlorphenoxyessigsäure (Abkürzung: 2,4,5-T oder T-Säure) diente, einem Totalherbizid (Pflanzenvernichtungsmittel). Schließlich wurden fertige Rohprodukte formuliert, d. h. durch Vermischen mit Lösemitteln, Emulgatoren und Zusatzstoffen zu fertigen Endprodukten aufbereitet (1).

Eigentlicher Anstoß für den Anfang vom Ende der Chemiekliksche Boehringer waren Berichte aus Hessen, wo in der Umgebung einer ähnlichen Produktionsanlage hohe HCH-

Gehalte in der Kuhmilch nachgewiesen worden waren. Nachdem 1978 stichprobenartige Untersuchungen der Sieleinleitungen bei Boehringer stattfanden, setzten 1979 umfangreichere Untersuchungen ein, die bis 1983 immer weitere Beweise für die zum Teil kriminelle Art der Beseitigung von Abfällen und Produktionsresten bei Boehringer erbrachten.

In der Umgebung des Werkes hatten sich zwei Bürgerinitiativen gegründet, die Bürgeraktion Moorfleet (BAM) und die Chemiegruppe Bergedorf. Vor allem diesen ist es zu verdanken, daß die skandalösen Vorgänge im und um das Hamburger Boehringer-Werk einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurden, und daß auch die bis dahin eher vorsichtig und zurückhaltend agierende hamburgische Verwaltung zum Handeln gezwungen wurde. Unterstützt wurden die Initiativen durch andere Hamburger Umweltschutzgruppen, durch Greenpeace und auf politischer Ebene durch die Grün-Alternative Liste GAL, die 1982 erstmalig ins Hamburger Rathaus eingezogen war.

Behörden unter Druck

Die Hamburger Behörden reagierten ab 1979 mit verschiedenen Genehmigungen, Anordnungen und Erlassen, welche die unkontrollierte Verbreitung von Boehringer-Substanzen verhindern sollten, und tatsächlich trat bis 1983 eine gewisse Reduzierung der Emissionen ein. Parallel dazu wurden Untersuchungen auf Boehringer-spezifische Stoffe auf

dem Werksgebiet und in dessen Umgebung durchgeführt.

Wie nicht anders zu erwarten, fanden sich diese Stoffe nicht nur in Abfall, Abwasser und Abgas, sondern auch im Schlamm des Moorfleeter Kanals, unter dem Werksgebiet, im Grundwasser, im Hamburger Klärschlamm,

An manchen Tagen war der typische, etwas muffige „Boehringer-Geruch“ noch in einigen Kilometern Entfernung zu riechen.

in den Böden der gesamten Umgebung, in den auf der anderen Straßenseite angebaute Gemüse und schließlich auch im Blut und Fettgewebe der Menschen im Umfeld des Werkes. An manchen Tagen war der typische, etwas muffige „Boehringer-Geruch“ noch in einigen Kilometern Entfernung zu riechen.

Erst ganz allmählich wurde das ganze Ausmaß der Umweltvergiftung durch Boehringer bekannt (1):

- Für Gemüse aus dem näheren Umkreis des Werkes wurden Vermarktungsverbote wegen zu hoher HCH-Gehalte ausgesprochen. Allein 1979 kaufte Boehringer den Bauern zwanzig Tonnen vergiftetes Gemüse ab.
- Im Umkreis von drei Kilometer konnten im Boden HCH und später auch chlorierte Benzole, chlorierte Phenole und Dioxine nachgewiesen werden.
- Die Aufzählung der bei Emissionsmessungen nachgewiesenen Stoffe liest sich wie ein Gruselliste, zusammengestellt aus einem Chemielexikon. Es kam unter anderem heraus, daß täglich zehn Kilogramm HCH durch den Schornstein das Werk verließen, und daß irgendwie zwanzig Kilogramm des besonders gefährlichen Dioxins Tetrachlordibenzodioxin (TCDD) „verschwunden“ waren (2).
- Bis 1972 hatte es auf dem Werksgebiet eine offene Halde mit 3500 Tonnen HCH-Produktionsrückständen gegeben, in der Nachbarschaft bekannt als „Kalkberg“. Die Verwehungen von dieser Halde haben zur großflächigen Vergiftung der Böden im Hamburger Osten beigetragen.

Gift im Kanal

- Durch Abschwemmungen vom Werksgebiet bei Regen, durch Störfälle bei der Produktion und später auch durch das Einleiten

verunreinigten Grundwassers sind große Mengen an chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) in den Moorfleeter Kanal gelangt, die dort zu einer enormen Vergiftung des Schlicks geführt haben: bis zu 50 Gramm Chlorbenzole pro Kilo Schlick wurden gemessen.

- 1978 wurden Stichproben aus dem Abwassersiel untersucht: „Die ersten Abwasseranalysen ergaben vor allem eine starke Belastung mit Chlorbenzolen und T-Säure“ (1). Sielschlamm in der Andreas-Meyer-Straße enthielt Chlorbenzole und HCH bis in den Prozentbereich (zig Gramm/Kilogramm).
- Beim Grundwasser wurde schon 1972 bemerkt, „daß an dem Wasser aus dem Beobachtungsbrunnen 1096 ... neben der Werkseinfahrt der Firma Boehringer ein sehr starker Geruch nach Schädlingsbekämpfungsmitteln auffalle“ (1). Im Laufe der weiteren Untersuchungen zeigten sich erhebliche Verunreinigungen in verschie-

In diesen Säcken wartet Erdaushub vom Boehringer-Gelände darauf, irgendwann im Ofen „Prometheus“ zu landen.

Foto: Jan Koch

denen Grundwasser-führenden Schichten unter dem Werksgelände und in der näheren Umgebung.

- HCH-Gehalte in der Muttermilch, die acht-fach über dem Grenzwert für Milch lagen, bis zu zehnfach über dem Durchschnitt liegende HCH-Gehalte im Körper von Schülern und Lehrern an der Gesamtschule Müm-

Die menschen- und lebensverachtende Art vor allem der chemischen Produktion hat mit der Schließung des Boehringer-Werks noch lange kein Ende gefunden.

melmannsberg (fünf Kilometer von Boehringer entfernt) und erhöhte Krebssterblichkeit sowie andere Dioxin-typische Leiden bei ehemaligen Boehringer-Arbeitern sind schließlich die schlimmsten Belege für eine menschen- und lebensverachtende Art der industriellen und vor allem der chemischen Produktion, die mit der Schließung des Boehringer-Werks noch lange nicht ihr Ende gefunden hat (2).

Kenntnisse über Dioxin im Zusammenhang mit der Trichlorphenolverarbeitung lagen schon längst vor: 1953 Unfall bei BASF, ab 1962 Vietnam, 1976 Seveso. Der massive öffentli-

che und politische Druck veranlaßte die Hamburger Umweltbehörde, sich auch bei Boehringer intensiver mit der Entstehung und dem Verbleib von Dioxin zu befassen.

Aus und vorbei

Wohl ahnend, was auf das Werk zukommen würde, hatte Boehringer im Mai 1983 die Trichlorphenol-Produktion eingestellt. Im Oktober folgten Kontrolluntersuchungen des Firmenabwassers, die zeigten, daß immer noch höherchlorierte Verbindungen im Abwasser waren. Weitere Untersuchungen belegten, daß bei der Produktion bei Boehringer nach wie vor erhebliche Mengen Dioxine entstanden. Daraufhin erließ die Umweltbehörde eine nachträgliche Anordnung, mit der ab 19. Juni 1984 der weitere Anfall dioxinhaltiger Produktionsabfälle untersagt wurde. Am 18. Juni 1984 stellte das Hamburger Boehringer-Werk seine Produktion ein.

Es begann jenes Gerangel, das die stillgelegte Chemiefabrik bis heute zu einem unerledigten Problemfall macht und hin und wieder auch in die Schlagzeilen bringt: Was tun mit den Werksanlagen und dem Gelände, was tun mit den verbliebenen Materialien und Abfällen? Bereits kurz nach der Schließung





wurden mit der Bürgerschafts-Drucksache 11/2864 konkrete Sanierungsmaßnahmen benannt, die notwendigerweise erfolgen mußten:

- Aushub von stark verunreinigtem Boden;
- Betrieb von Schutzbrunnen zur Verminderung der weiteren Ausbreitung von Schadstoffen im Grundwasser;
- Beseitigung der belasteten Sielschlämme;
- weitere Ausbaggerung des Moorfleeter Kanals;
- schadlose Beseitigung des Gebäudeabbruchs;
- eventuell Einkapselung des Werksgeländes;
- eventuell Abdeckung von Teilen des Werksgeländes zur Vermeidung von Verwehungen.

Die Parlamentsdrucksache enthielt aber auch den bemerkenswerten Satz: „Die Kosten der gesamten Sanierungsmaßnahmen müssen durch die Firma Boehringer getragen werden.“ (1)

„Die Kosten der gesamten Sanierungsmaßnahmen müssen durch die Firma Boehringer getragen werden.“

Wer nun aber glaubt, daß zügig und zielstrebig mit der Sanierung begonnen worden sei, täuscht sich gewaltig. Bis 1990 zogen sich die Verhandlungen zwischen der Stadt Hamburg und Boehringer hin, es galt, finan-

zielle, technische und juristische Widerstände aus dem Weg zu räumen, denn allein der naheliegende Gedanke, es sei selbstverständlich, daß Boehringer die Sanierung durchzuführen und zu bezahlen habe, erwies sich als Wunschtraum.

„Hamburger Modell“

Es dauerte mehr als sechs Jahre, bis die Pressestelle des Hamburger Senats (also der Landesregierung) am 20. September 1990 mitteilte, daß eine Vereinbarung mit Boehringer über die Sanierung zustande gekommen sei. „Nachdem ein geeignetes Sanierungsverfahren für die Verunreinigungen im Boden des ehemaligen Werksgeländes und im Grundwasser erarbeitet worden ist, soll jetzt schnellstens mit der Errichtung der dafür notwendigen technischen Anlagen und der einzelnen Sanierungsschritte begonnen werden“. 142,8 Millionen Mark sollte Boehringer für die Sanierung aufwenden (3).

Die Sanierungen sollten umfassen:

- Sicherung gegen den Austritt von Schadstoffen aus dem Bereich des ehemaligen Werksgeländes mit dem Grundwasser;
- Sanierung des Bodenkörpers oberhalb der Kleischicht (etwa sechs Meter hoch);
- Sanierung des Grundwasserleiters unterhalb des ehemaligen Werksgeländes;
- Sanierung des Grundwasserleiters im Umfeld;

Schrott und Altanlagen-Teile in den Boehringer-Hallen: alles muß entsorgt werden.

Foto: Janke / argus

- Sanierung des Moorfleeter Kanals.
- Und voller Zuversicht heißt es abschließend in der staatlichen Pressemitteilung: „Durch die getroffenen Vereinbarungen ist es gelungen, die Voraussetzungen für unverzügliche Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung der festgestellten Grundwasser- und Bodenverunreinigungen zu schaffen.“

Kernstück sollten dabei sein ein „Ofen“ namens „Prometheus“ zur thermischen Behandlung des Bodens (etwa 25.000 Kubikmeter) sowie des Gebäudeabbruchs (etwa 10.000 Kubikmeter) sowie Sanierungsbrunnen mit angeschlossener Reinigungsanlage. Für die Emissionen des „Prometheus“ wurden aufwendige Überwachungen und Grenzwerte festgeschrieben (3).

Die Arbeiten wurden von der eigens gegründeten Boehringer-Tochterfirma Dekonta GmbH begonnen. Und Boehringer selbst gab sich vom Erfolg der Vereinbarung überzeugt: „Das Hamburger Modell setzt Maßstäbe“, heißt es volltönend in einer 1990 herausgegebenen Broschüre (4). „Zur Bewältigung der Aufgabe entwickelte die Firma Dekonta GmbH im Auftrag von Boehringer Ingelheim eine Verbundtechnologie aus erprobten und neu entwickelten Verfahren zur Altlasten-Sanierung.“

Und weiter: „Mit dieser umfassenden Problembearbeitung setzt Boehringer Ingelheim für sich und den gesamten Firmenverband selbst strenge Maßstäbe. Aber auch für die Öffentlichkeit soll dieses neue Industrieverständnis ein Zukunfts-Modell sein, wenn es gilt, Lasten der Vergangenheit aufzuarbeiten“. Und an anderer Stelle: „Nach heutiger Zeitplanung ist Anfang 1995 mit dem Abschluß des Sanierungsprogrammes zu rechnen“.

Sanierung stockt

Doch schon bald traten allerlei Probleme auf, die letztlich dazu führten, daß wesentliche Teile des Sanierungsprogramms, konkret gilt dies für die Punkte 1, 4 und 5 der oben genannten Aufzählung, bis heute noch nicht einmal begonnen wurden. Vor allem „Prometheus“ bereitete technische Schwierigkeiten (5). Aber auch beim Arbeitsschutz zeigten sich Probleme ab, über deren Details sich der Senat allerdings in Schweigen hüllt.

Auch kam es 1992 und 1993 zu Überschreitungen der Emissionsgrenzwerte bei Staub, Stickoxiden und Dioxinen/Furanen. Allmählich zeichnete sich ab, daß die ursprünglich geplante umfassende Sanierung kaum wie vorgesehen verwirklicht werden konnte (6).

Heute, zehn Jahre nach der Schließung von Boehringer,

- ist noch keine einzige Sanierungsmaßnahme abgeschlossen;

Es dauerte mehr als sechs Jahre, bis eine Vereinbarung mit Boehringer über die Sanierung zustandekam.

- sind (Stand Ende 1993) bereits 121,5 Millionen Mark (= 85 Prozent) der für die Sanierung bereitgestellten Mittel ausgegeben;
- wird mit dem Abschluß der Demontage und Reinigung der Anlagenteile erst für Anfang 1996 gerechnet;

- sind (Stand Ende 1993) 4600 Kubikmeter Boden behandelt und etwa 1100 Kubikmeter „nicht behandlungsbedürftiges Mauerwerk“ entsorgt worden;
- werden, wie amtlich verkündet wird, gerade „die Planungen zur Sanierung des Bodens ... vom Unternehmen zur Zeit überprüft“;
- gelten „die bisher durchgeführten großtechnischen Versuche zur Grundwassersanierung (als) in Kürze abgeschlossen“, das zu behandelnde Grundwasservolumen „unter dem Werksgelände“ wird mit etwa 500.000 Kubikmetern angegeben;
- werden weitere Maßnahmen zur Sanierung des Moorfleeter Kanals als „erst nach Sanierung bzw. Sicherung der Quelle (Werksgelände) sinnvoll“ bezeichnet (6,7,8).

Und auf die Frage, ob auch außerhalb des Werksgeländes Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, heißt es lapidar „Nein.“ Bisher entstandene und zukünftig zu erwartende Kosten pro Tonne oder Kubikmeter Boden, Gebäudereste und Grundwasser konnte und wollte der Senat bisher nicht angeben. Stattdessen mußte die Landesregierung auf Nachfrage eingestehen, daß sich die Mengen des zu behandelnden Materials erheblich erhöht haben:

- Bauschutt von 20.000 auf 31.000 Kubikmeter, also auf das Eineinhalbfache (in der Pressemitteilung vom 20. September 1990 wurden nur 10.000 Kubikmeter genannt, siehe oben);
- Boden von 25.000 auf 67.000 Kubikmeter, das entspricht einer Zunahme um 268 Prozent!

Milliarden-Aufwand

Mit anderen Worten: Gemessen an den neuen Abschätzungen wurden in den vergangenen drei Jahren erst 3,5 Prozent des Gebäudeabbruchs und nur 6,9 Prozent des verunreinigten Bodens saniert. Maßnahmen außerhalb des Geländes wurden noch nicht einmal begonnen, obwohl die Grundwasser-Verunreinigung schon 1990 in 1,5 Kilometer Entfernung nahe des Wasserwerks Kaltetehofe nachgewiesen wurde (9). An die Sanierung des Moorfleeter Kanals ist offenbar auf absehbare Zeit nicht zu denken, da – siehe oben – zunächst die Quelle der Schadstoffe saniert und gesichert werden soll.

Bei einer – sicher etwas problematischen – Hochrechnung der bisherigen Kosten ergibt sich, daß alleine für die Sanierung der „restlichen“ 90 Prozent Boden- und Gebäudemengen sowie des Grundwassers unter dem Werksgelände etwa das Neunfache der bisherigen Kosten aufgewendet werden muß, das sind mehr als eine Milliarde Mark. Selbst wenn künftig die Kosten pro Kubikmeter oder pro Tonne günstiger werden, dürfte diese Summe nicht weit von den tatsächlich zu erwartenden abweichen.

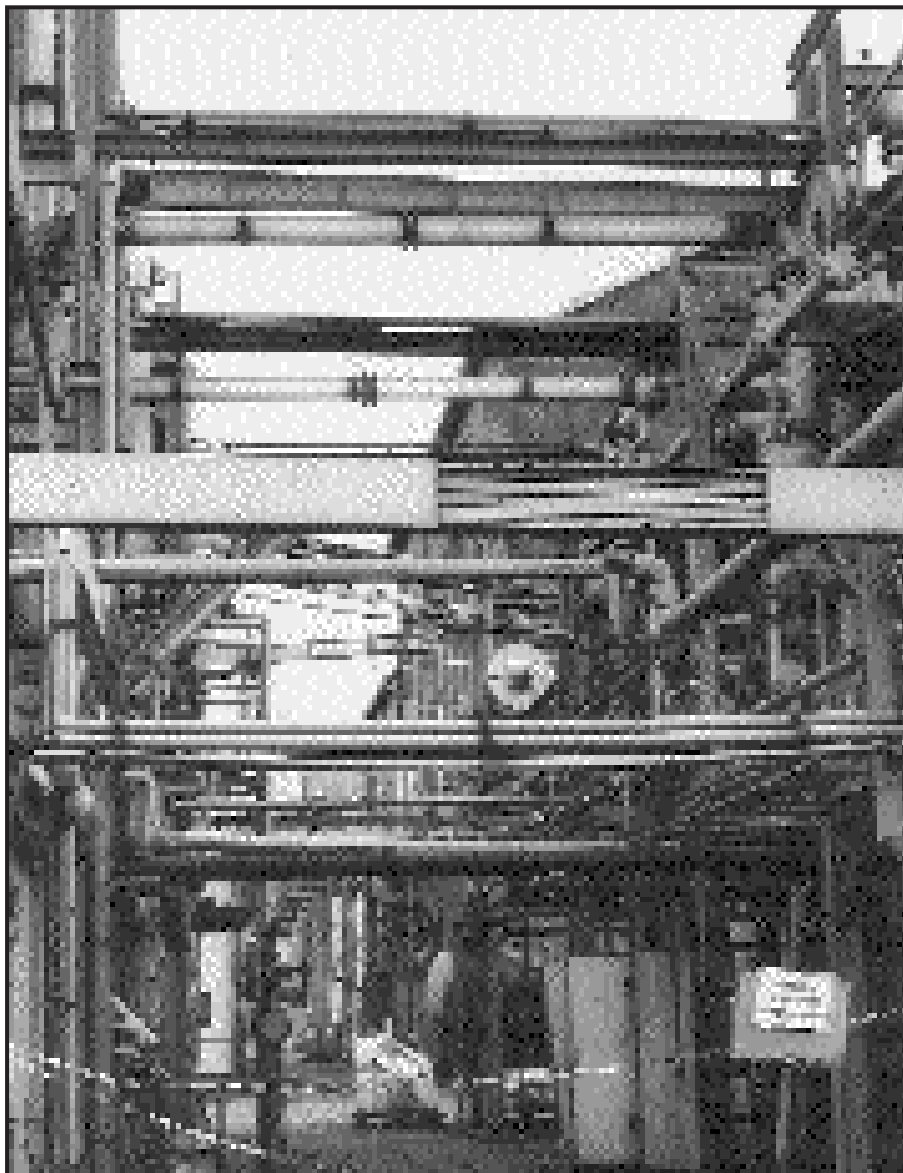


Foto: Jan Koch

tenden Kosten entfernt sein, da Sanierungen der Grundwassers außerhalb des Werksgeländes und des Moorfleeter Kanals noch gar nicht berücksichtigt sind. Kein Wunder also, daß der Senat ankündigt, er werde über eine „Modifizierung des bisher verfolgten Konzeptes unter der Zielsetzung der Gefahrenabwehr und Wiedernutzung des Geländes“ nachdenken, bei der „verstärkt Sicherungsmaßnahmen im Mittelpunkt der Überlegungen“ stehen.

Das ist nichts anderes als ein Eingeständnis des weitestgehenden Scheiterns der bis-

Es scheint ganz so, als ob Boehringer sich aus der Affäre stehlen möchte, und der Hamburger Senat leistet dem Vorschub.

her geplanten Maßnahmen, das ist nicht nur das leise Zerplatzen des laut angekündigten „Hamburger Modells“, das ist auch – der Abschied vom Ziel der Sanierung. Es scheint ganz so, als ob Boehringer sich möglichst bald und möglichst billig aus der Affäre stehlen möchte, und der Hamburger Senat leistet dem Vorschub, indem schon offen über Sicherung statt Sanierung und die Wiedernutzung der Fläche nachgedacht wird.

Völlig offen ist derzeit auch, ob und wann mit der Sanierung der verunreinigten Grundwasserfahne, die den Gemüsebauern in der Nachbarschaft als Beregnungswasser dient, und des Moorfleeter Kanals, dessen Schadstoffdepot immer noch Wasser, Schlack, Fische und das Grundwasser belastet, begonnen wird. Die Masse der von Boehringer in der Umwelt abgelagerten Gifte sowie deren Gefahrenpotential erfordern aber immer noch mit hoher Dringlichkeit eine Sanierung, die diese Bezeichnung auch verdient – Dioxin hat in den vergangenen zehn Jahren nichts von seiner Giftigkeit eingebüßt.

High-Tech-Spielchen

Gegenüber der Presse haben Umweltbehörde und Boehringer erklärt, es würde ein neues Sanierungskonzept vorgelegt, wonach innerhalb der nächsten vier Jahre eine Dichtwand bis 40 Meter Tiefe um das Werksgelände herum gebaut werden soll, um die weitere Schadstoffausbreitung im Untergrund zu verhindern. Da es sich bisher nur um Gerüchte handelt und keine offiziellen und nachprüfbaren Erklärungen vorliegen, soll an dieser Stelle auf eine Bewertung verzichtet werden.

Die Schließung von Boehringer – ein, wie erwähnt, bislang einzigartiger Fall in der Bundesrepublik – und das schon zehn Jahre andauernde erfolglose Gerangel und Gepokere um die sogenannte Sanierung lassen es aber geboten erscheinen, einige Thesen zum Umgang mit solchen Problemen zu formulie-

ren, Thesen, die nicht nur die notwendigen Forderungen für den „Fall Boehringer“ umreißen, sondern die auch Handlungsanleitung für alle anderen, ähnlich strukturierten Fälle sein können – und müssen:

1) Als Wichtigstes dürfen wir die Menschen nicht vergessen, die gesundheitlichen, seelischen und materiellen Schäden der Betroffenen, Arbeiter und Anwohner, die in keiner Bilanz auftauchen, obwohl gerade die ehemalige Boehringer-Produktion in Moorfleet sogar Todesopfer gefordert hat. Gerade an diesem Aspekt wird die Infamie einer Umweltpolitik (nicht Umweltschutzpolitik) deutlich, die Sanierung als standortbewußtes High-Tech-Spielchen betreibt, die Verursacher mit Samthandschuhen anfaßt, und die tatenlos zuschaut, wie sich die im Boden, Schlamm und Grundwasser lauernden Boehringer-Gifte immer größere Gebiete erobern und sich irgendwann so fein verteilt haben, daß sie überhaupt nicht mehr sanierbar sind.

2) Die Sanierung solcher Altlasten ist technisch kaum in den Griff zu bekommen und weit von der (von Boehringer so genannten) „Verbundtechnologie aus erprobten und neu entwickelten Verfahren“ entfernt. Demnach fällt die Sanierung, je nach Interessenlage, mehr als technisches Experiment, effektreiches Schauprojekt oder als hilfloses Herumgestochere im Untergrund aus.

Sanierungs-Fiasko

3) Untersuchung und Sanierung solcher Altlasten erfordern Zeiträume, die in manchen Fällen an den Zeitraum für ihre Entstehung heranreichen. Seit den ersten Meldungen über „sehr starke Gerüche“ in Grundwassermeßstellen bis zum jetzigen Bekanntwerden des Fiaskos der bisherigen Boehringer-Sanierung sind immerhin 22 Jahre vergangen, vom Beleg der Dioxin-Emissionen durch Boehringer bis zum eigentlichen Sanierungsbeginn mehr als zehn Jahre. In diesen Zeiträumen breiten sich die Schadstoffe weiter aus, sie warten nicht auf die Beseitigung finanzieller, organisatorischer oder juristischer Hindernisse.

4) Die Kosten für derartige Sanierungen, die bisher ja nur zum Bruchteil stattgefunden haben, wachsen ins Unermeßliche und verdeutlichen, daß auch unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten die Produktion vieler chemischer Verbindungen – abgesehen von deren Gefährlichkeit und fragwürdigem Nutzen – absolut unrentabel und kaum bezahlbar ist, denn entweder werden die Substanzen umweltgerecht hergestellt (geht das überhaupt?) und sind dann zu teuer und marktwirtschaftlich uninteressant, oder sie werden so hergestellt wie bisher und können dann katastrophale Umweltvergiftungen auslösen, wie wir sie von Boehringer kennen. Dann müssen wir mit der Sanierung von Umweltschäden, die durch solche Produkte verursacht wer-

den, indirekt einen noch höheren Preis dafür bezahlen.

5) Fälle wie Boehringer zeigen in klassischer Weise, daß Vorbeugung – auch mit dem entsprechenden Einsatz staatlicher Mittel – bis hin zu Produktionseinschränkungen oder -verbot unverzichtbar ist. Mängel bei der Genehmigung und Überwachung solcher Betriebe, vor allem aber die Priorität des Standortdenkens vor einem langfristig vorsorgenden Umweltschutz schaffen erst den nötigen Rahmen, der solche Umweltkatastrophen ermöglicht. Eine Sanierung im nachhinein kann niemals den ursprünglichen Zustand wieder herstellen. In zu vielen Fällen werden außerdem die Sanierungskosten der Allgemeinheit aufgebürdet, die dann die Beseitigung wenigstens der ärgsten Verunreinigungen tragen muß. ■

QUELLEN

- (1) - Drucksache der Hamburgischen Bürgerschaft (DrHBü) 11/2864 vom 21. August 1984; Umweltbeeinträchtigungen durch die Firma C. H. Boehringer Sohn, Werk Hamburg-Moorfleet, Bürgererschaftliches Ersuchen vom 12. Januar 1983.
- (2) - GAL-Umweltgruppe; Dioxin in Hamburg – Verursacher, Verantwortliche, Betroffene; Kabel Verlag; Hamburg 1984.
- (3) - Staatliche Pressestelle Hamburg: Sanierungsvertrag mit Boehringer unterzeichnet; Presseerklärung vom 20. September 1990.
- (4) - Boehringer Ingelheim (Hrsg.); Neue Wege zur Altlastensanierung; Das Hamburger Modell Hamburg-Moorfleet: Ein Werksgelände wird saniert; Ingelheim 1990.
- (5) - DrHBü 14/4623 vom 03. September 1993; Kleine Anfrage des Abgeordneten J. Schulze-Bergmann (GAL): Dekonta.
- (6) - DrHBü 15/717 vom 05. Mai 1994; Große Anfrage der GAL-Fraktion: Sanierung des Boehringer-Geländes durch Fa. Dekonta.
- (7) - DrHBü 15/344 vom 21. Januar 1994, Kleine Anfrage des Abgeordneten A. Porschke (GAL): Sanierung des Boehringer-Geländes durch Fa. Dekonta.
- (8) - DrHBü 15/534 vom 22. Februar 1994, Kleine Anfrage des Abgeordneten A. Porschke (GAL): Sanierung des Boehringer-Geländes durch Fa. Dekonta (II).
- (9) - Zur Schließung des Wasserwerks Kalthofe ausführlich: Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften; Wasser in Hamburg – Teil 3; Hamburg 1991; darin zitiert u.a.: Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript des Geologischen Landesamtes vom 11. Juli 1990.